
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 5
Datum 2. Juli 2008

61 1.92.1 Motionen

Motion Hans-Jörg Rhyn und Mitunterzeichnende betreffend konsultativer Einbezug des Gemeindeparlamentes in die Entscheidungsfindung des Gemeinderates für die Mitarbeit der Gemeinde in einer künftigen "Regionalkonferenz Bern-Mittelland"; Erheblicherklärung (20/07)

Präsidentin: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Motionär hat das Wort.

Herr Hans-Jörg Rhyn, SP: Die Motion – Geschäft Nr. 61 – ist nun tatsächlich ein Begehren, das einen etwas weiter gehenden Einbezug des Grossen Gemeinderates in die Regionalpolitik vorsieht und wünscht. Hier wären jetzt das Verständnis und das Wohlwollen des Gemeinderates nötig. Er kann dazu klar Ja oder Nein sagen, ob er dies will oder nicht. Es gibt keine gesetzliche Vorgabe; es ist aber auch nichts gesetzlich verboten. Die Motionäre stellen sich vor, dass es für die Wahrung der Interessen unserer Gemeinde von Vorteil sein könnte, wenn der Gemeinderat ab und zu eine wichtige Frage, die in der Regionalkonferenz (RK) zum Entscheid ansteht, konsultativ im Gemeindeparlament beraten lassen könnte. Das würde dem Gemeinderat bei der Definition seiner Haltung erlauben, den Volksvertreterinnen und -vertretern im GGR den Puls zu fühlen, seine Haltung zu bestätigen oder zu präzisieren und gegenüber der RK gestärkt aufzutreten; gestärkt nämlich durch einen zwar konsultativen aber für die Gemeinde repräsentativen Parlamentsbeschluss. Der Motionstext lässt auch hier dem Gemeinderat viel Spielraum. In der Begründung wird zudem klar dargelegt, dass es dem Gemeinderat möglich sein soll „nach seinem Ermessen das Parlament bei wichtigen Fragen konsultativ in die Entscheidungsfindung einzubinden und die Haltung der Gemeinde in der Regionalversammlung der Regionalkonferenz damit breiter abzustützen“. Also: Kein Zwang zu Konsultativabstimmungen, nur die Möglichkeit bieten. Es ist uns allen klar, dass der Zweck der Einführung von Regionalkonferenzen darin besteht, mit schlankeren Entscheidungsprozessen die Zusammenarbeit in der Region einfacher, übersichtlicher und verbindlicher zu gestalten. Das will niemand verhindern oder erschweren. Es will auch niemand eine ständige Einmischung des GGR in die Geschäfte der RK. Aber der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort selber, dass Konsultativabstimmungen in Gemeindeparlamenten möglich sind. Er schreibt auch, dass das Parlament bei wichtigen Geschäften direkt von der Regionalkonferenz zur Vernehmlassung eingeladen wird. Und dazu werden wir eine Antwort geben – wie auch immer. Aber das ist ein anderes Geschäft. Die Haltung des Gemeinderates zum Motionstext und zu Konsultativabstimmungen entnehmen wir seiner Antwort auf Seite 2, zweiter Absatz: „Die Gemeindepräsidenten sind vom Volk gewählt und verfügen damit über die nötige Legitimation, sie kennen die Anliegen der Gemeinde und verfügen über die nötige strategische Gesamtsicht.“ Wohlan. Wir wollen das nicht bestreiten und hoffen, dass das immer so ist und auch immer so bleiben wird. Aber für den GGR ergibt sich daraus folgendes – ziemlich unschönes – Fazit: Unsere Meinung ist schlicht nicht gefragt. Der Gemeinderat braucht unsere Unterstützung nie. Der Gemeindepräsident weiss selber, was er in der RK zu tun hat. Eine Konsultation des GGR ist in jedem Fall überflüssig und nur hinderlich. Offenbar wäre es dem Gemeinderat lieber, wenn wir mit parlamentarischen Vorstössen

versuchen würden, das Verhalten des Gemeindepräsidenten in der Regionalversammlung zu beeinflussen. Zumindest wurde das in der Antwort zur anderen Motion an zwei Stellen als Möglichkeit erwähnt. Einfacher wird dies dann nicht. Es liegt jetzt an uns, aus dieser Haltung des Gemeinderates die richtigen Schlüsse zu ziehen. Geben wir uns mit der ungeschönen, etwas hochnäsigen Haltung zufrieden oder wollen wir dem Gemeinderat gegen seinen Willen die Möglichkeit geben, uns bei Bedarf – also nur dann, wenn er es als nötig und wichtig empfindet – zu konsultieren und sich damit in der RK eine stärkere Rücken- deckung zu verschaffen? Im Namen der Motionäre und der SP-Fraktion schlage ich euch die zweite Handlungsvariante vor und bitte alle, die Motion erheblich zu erklären.

Herr Stefan Funk, Gemeindepräsident: Zuerst eine grundsätzliche Bemerkung zu den beiden bisherigen Diskussionen. Ich muss noch sagen, dass es sich um meine persönlichen Bemerkungen handelt – also nicht abgesprochen mit meinen Ratskolleginnen und - kollegen. Aus den bisherigen Voten schliesse ich ein Misstrauen und auch ein Unbehagen gegenüber dem Gemeinderat. Eure Parteien und das Volk haben die 7 Gemeinderäte gewählt und für gut befunden, dass sie die Gemeinde strategisch führen können. Es verwirrt mich nun etwas, dass das Parlament anscheinend die strategische Führung dem Gemeinderat nicht zuerkennen will. Aber wie gesagt, dies ist meine persönliche Meinung. Der Gemeinderat lehnt auch diese Motion ab. Ich bin jedoch auch hier bereit den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Weshalb? Diese Problematik besteht übrigens nur in Gemeinden, welche ein Parlament haben; momentan Zollikofen, Bern und Köniz. In allen andern 94 Gemeinden ist dies kein Thema. Wenn Parlamente mitsprechen und mitentscheiden wollen, dann wird die Regionalkonferenz mit über 100 Gemeinden einfach handlungsunfähig. Das ist eine Tatsache. Eines der wichtigsten Ziele besteht darin – wie von Hans-Jörg Rhyn bereits erwähnt – möglichst rasch und verbindlich handeln zu können. Diese Ziele können bei einer Zustimmung zur Motion nicht mehr erreicht werden. Wichtige Entscheide der Regionalkonferenz unterstehen dem fakultativen Referendum und können einer Volksabstimmung zugeführt werden. Somit ist die direktdemokratische Mitwirkung gewährleistet und muss nicht durch parlamentarische Aktivitäten ersetzt werden. Noch zur Bemerkung von Hans-Jörg Rhyn. Der Gemeindepräsident weiss selber, was die RK zutun hat. Da hast Du Recht. Er weiss es selber, da er vom Gemeinderat mit einem gebundenen Mandat geschickt wird. Er kann also keinen selbstherrlichen und diktatorischen Ent- scheid fällen, sondern er muss so entscheiden, wie ihn die Exekutive – also die Regierung – beauftragt hat. Wir bitten Euch, die Motion nicht als erheblich zu erklären, sondern als Postulat anzunehmen.

Präsidentin: Nun ist die allgemeine Diskussion für die Ratsmitglieder offen.

Frau Anita Reichenbach, EVP: Ich habe noch eine Frage an den Motionär. Für mich gibt es noch sehr wenig handfestes, welches mich überzeugt. Vielleicht verstehe ich es auch nicht ganz richtig. Im Gemeindegesetz steht ja, dass der Gemeinderat – wenn ihm etwas wichtig erscheint – sowieso den Grossen Gemeinderat fragen wird. Was macht es nun für einen Unterschied, ob wir für die Regionalkonferenz spezifisch eine Motion haben, welche noch zusätzlich sagt, dass der Gemeinderat uns bei wichtigen Entscheiden fragen kommt?

Präsidentin: Ich würde beliebt machen, dass wir diese Frage am Schluss beantworten. Weitere Wortmeldungen.

Herr Peter Bähler, SVP: Konsultativabstimmungen erwecken immer den Anschein, dass man etwas beeinflussen kann; und es dann eben doch nicht kann. Es nützt nichts. Der Gemeinderat ist nämlich an diesen Entscheid in keiner Art und Weise gebunden. Wir haben dies bei der Konsultativabstimmung zur Spezialbaukommission zur KITA gesehen. Der Gemeinderat hat keinen Wank mehr gemacht. Wird dann die Abstimmung im Gemeindep arlament für den Gemeindevertreter noch bindend, dann wird ihm innerhalb der Diskussion jeglicher Spielraum genommen. Konsultativabstimmungen wenn nötig und

wichtig ist nun herausgestrichen worden. Das Nötig und Wichtig gibt dann zu Diskussionen Anlass. Wenn der Gemeinderat mit etwas nicht ins Parlament kommt, dann heisst es aus dieser oder jenen Ecke – welcher ihr Hemd am nächsten ist – dieses oder jenes wäre jetzt nötig oder wichtig gewesen. Man müsste dann dazu stehen, dass der Gemeinderat entscheidet, was ins Parlament kommt. Der Gemeindepräsident vertritt in diesen Gremien unsere Gemeinde. Dies ist so. Bei der entsprechenden Volksabstimmung hat man dazu Ja gesagt; das war bekannt. Übrigens auch bei den Kulturverträgen, welche wir alle vier Jahre behandeln müssen, handelt es sich um Konsultativabstimmungen. Wir müssen nämlich diese Kröte schlucken. Die SVP lehnt sowohl die Motion wie auch ein mögliches Postulat ab. Noch als Ergänzung: Es hat noch mehr als die zwei, drei aufgezählten Gemeinden in der Region mit einem Gemeindeparlament.

Herr Edgar Westphale, GFL: Die Motion in ein Postulat umzuwandeln, wäre ein Rohrkrepiere. Dass dies ein sogenannter Misstrauensantrag zuhanden des Gemeinderates ist, kann so gesehen werden. Denn – wie wir nun gehört haben – Vertrauen schafft man sicherlich nicht mit Vorwürfen. Nehmen wir die Privatwirtschaft; wie gehe ich dies an: Wenn ich einen wichtigen Entscheid zu treffen habe, so gehe ich zu meinen Mitarbeitern und frage nach deren Meinung. Obwohl ich den Entscheid treffen und meinen Kopf hinhalten muss, ist mir die Meinung meiner Leute wichtig. Dies wäre eigentlich auch hier eine Wertschätzung gegenüber dem GGR. Kann dies nun mit dieser Motion erzwungen werden? Wir werden sehen, was kommen wird. Wir unterstützen auf jeden Fall die Motion.

Herr Heinz Buser, FDP: Die Antworten sind auch hier – wie bei der vorherigen Motion – alles Mouchen; aber auch wieder auf die falsche Scheibe. Es geht ja nicht darum, dass wir mehr Mitspracherecht oder Entscheidungsbefugnisse erhalten. Es geht ausschliesslich darum, dem Gemeinderat die Möglichkeit zu geben, Befragungen zu machen. Unter einer Befragung kann ich mir vorstellen, dass es sich nicht um einen einzelnen Punkt einer Entscheidung der Regionalkonferenz handelt. Sondern es kann sich um eine Befragung zu einem Thema der Regionalkonferenz handeln, bei welchem der Gemeinderat merkt, dass da etwas auf die Gemeinde zukommen und Diskussionen auslösen könnte; gehen wir doch in der Gemeinde ein wenig die Temperatur fühlen. Das Schlechteste was dem Gemeinderat passieren könnte, wäre in der Regionalkonferenz eine Position zu vertreten, mit welcher er bei einer späteren Volksabstimmung desavouiert würde. Und dies nur deshalb, weil er nicht vorgängig die Temperatur fühlen ging. Selbstverständlich hat der vom Volk gewählte Gemeinderat die politische Legitimation. Aber, ob er alleine durch die Wahl automatisch die nötige strategische Gesamtsicht erhält?

Herr Toni Oesch, FdU: Zum Geschäft Nr. 60 habe ich mich nicht geäussert, da ich gemerkt habe, dass dieses angenommen würde. Darüber bin ich froh. Bei diesem Geschäft stehen die Zeichen ebenfalls auf Zustimmung. Darüber bin ich auch froh. Wir unterstützen das Anliegen sehr. Die Argumente sind sehr treffend. Ich möchte noch auf die Regionalkonferenz zu Sprechen kommen: Wir haben am 21. Mai eine 4er-Delegation nach Ostermundigen geschickt – gestützt auf die Einladung des VRB. Das Thema war: "Was bringt uns die Regionalkonferenz Bern-Mittelland"? Zuerst gab es Informationen; natürlich mit Brainwashing, wie gut das Ganze sei. Anschliessend gab es Arbeits- und Diskussionsgruppen. Wir hatten das Glück, mit kleinen Gemeinden zusammen zu sein. Bei ihnen kam die grosse Skepsis gegenüber den grossen Gemeinden zum Ausdruck. Wir haben natürlich die gleichen Gefühle oder sogar das Misstrauen gegenüber der Stadt. Ich habe selber in grösseren Gremien mitgearbeitet – Kehricht, Wasser, Spitalverband. Dort hat eigentlich immer die Stadt die Reglemente gemacht. Das Misstrauen der kleinen Gemeinden ist einfach vorhanden. Sie sind ebenfalls misstrauisch gegenüber Profimeindegemeindepräsidenten. Dies kam an unserem und auch an anderen Tischen zum Ausdruck. Wir waren von dieser Informationsveranstaltung ein wenig enttäuscht. Andere Teilnehmer waren ebenfalls enttäuscht. Ich weiss nicht, ob es an andern Orten ebenfalls so war? Vielleicht gibt es irgendwo darüber ein Protokoll? Es war Mühlethurnen, Urtenen-Schönbühl, Laupen und Grosshöchstetten. Wenn nun hier gesagt wird, der Gemeinderat

sei ja schliesslich gewählt und könne selber entscheiden; der Gemeindepräsident habe ja den Auftrag. Ich kenne dies aus dem Gemeinderat. Es geht nach dem Prinzip: "Gibst Du mir die Wurst, so lösche ich Dir den Durst". Es geht um Eigeninteressen. Diesen wird so geholfen und jenen wird so geholfen. Dann heisst es, der Gemeindepräsident werden dieses und jenes bei der Konferenz vertreten und das sei schon richtig. Deshalb unterstütze ich diese Motion vollumfänglich. Es wird damit nichts vergeben. Der Gemeinderat sagt zwar, es nütze nichts. Ich bin aber überzeugt, dass es schon etwas nützen wird.

Herr Roland Stucki, EVP: Wir hätten dann gerne von Hans-Jörg Rhyh noch unsere Frage beantwortet. Grundsätzlich waren wir ja beim Geschäft Nr. 60 einverstanden, dass man nun eine Kommission bildet. Die Kommission erhält nun Nahrung von der Regionalkonferenz; sie erhält die Geschäftsberichte, sie kann Stellung beziehen, sie kann den Gemeinderat mit ins Boot einbeziehen und ihm aufzeigen, dass man es so oder so haben möchte. Der Gemeinderat kann bereits heute das Gemeindeparlament konsultativ nach seiner Meinung fragen. Man muss auch das Stimmrechtsverhältnis berücksichtigen. Bei 101 Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten haben wir genau 1 Stimme. Dies ist natürlich noch nach Einwohner gewichtet, das ist richtig. Wir haben das Gefühl, dass dies den Bogen nun überspannt. Es erschwert und verkompliziert das Ganze. Diese Motion ist unserer Ansicht nach nicht mehr nötig, da wir ja jetzt eine Kommission wollen. Diese kann dann dem Gemeinderat zur Seite stehen. Ein Parlamentsmitglied kann dann frei mit seinen Instrumenten dort etwas einspeisen. Deshalb erachten wir die Motion nicht als nötig.

Herr Stefan Funk, Gemeindepräsident: Zum Votum von Peter Bähler: Ich habe nicht gesagt, dass es nur drei Gemeinden mit einem Parlament gibt. Sondern, dass sich von den sieben Parlamentsgemeinden in Bern-Mittelland drei mit dieser Problematik befassen. Zum Votum von Herr Toni Oesch: Die Stimmengewichtung der 101 Gemeinden ist ausdiskutiert worden. Natürlich war anfangs eine gewisse Angst beim ersten Zuteilen der Stimmen vorhanden. Aber bei der jetzigen Stimmzuteilung und wenn die kleinen Gemeinden zusammenhalten, dann können diese sogar Bern und Köniz bodigen. Zollikofen hat nicht eine, sondern vier Stimmen.

Herr Hans-Jörg Rhyh, SP: Zu Roland Stucki und Toni Oesch bezüglich Stimmkraft der kleinsten Gemeinden, der mittleren Gemeinden und der Stadt Bern. Die Städte Thun und Biel sind ähnliche Fälle, nur in einer anderen Regionalkonferenz: Die grossrätliche Kommission hat in zwei Lesungen dieses Gesetz beraten. Die Stimmkraft der kleinsten und der grossen Gemeinden war natürlich ein ewiges Thema. Der Regierungsrat und die Kommission haben darauf einen Vorschlag eingebracht, mit welchem niemand zufrieden war; weder die Städte Berne, Biel oder Thun noch die kleinsten Gemeinden. Die mittleren Gemeinden – wie Zollikofen – waren noch am ehesten zufrieden. Sie empfanden dies als vernünftige Lösung. Damit kann niemand den anderen dominieren. Das Land nicht die Stadt und die Stadt nicht die Region. Deshalb sind wir nun zu einer Stimmkraftslösung gekommen, welche mindestens einen Anfang erlaubt. Wenn es vorkommen sollte, dass sich ein Teil unserer Region dauernd majorisiert fühlt, dann haben wir das Versprechen – auch vom Grossen Rat – dass das erneut angeschaut wird. Zur Frage von Anita Reichenbach: Es sind zwei verschiedene Sachen. Es ist klar, dass die Regionalkonferenz uns in wichtigen Fragen direkt konsultieren wird. Wir können es gar nicht umgehen, dort Stellung zu beziehen. Und wie gesagt, es muss sich nicht um eine Kommission handeln; wir haben nur eine Kommission vorgeschlagen, weil wir davon ausgehen, dass diese mit Leuten besetzt wird, welche sich mit regionalen Fragen – nicht nur momentan, sondern wahrscheinlich dauerhafter – beschäftigen und auch Interesse an solchen Fragen haben. Und diese Leute sollten dann auch bereit sein – zusammen mit den Spezialisten der Verwaltung – die verschiedensten Aspekte der auf uns zukommenden Fragen zu Siedlungs- und Verkehrspolitik, zu Kulturpolitik, zu erörtern. Dies ist einfach ein Vorschlag, es gibt noch keine Kommission. Der Prozess muss geregelt werden, welcher dann auch "verhebt". Und nicht nur eine Spontiaktion eines Ratsbüros, welches versucht, irgendeine Stellungnahme zu fabrizieren. Der Gemeinderat schreibt ja selber, dass konsultative Ab-

stimmungen und konsultative Beratungen möglich seien. Das stimmt, wir könnten dies bereits heute schon machen. Er hat auch geschrieben, dass mit parlamentarischen Vorstössen versucht werden könnte, den Gemeindepräsidenten zu beeinflussen. All das ist möglich. Und, in 9 von 10 Fällen unterstützt dieses Parlament die Anträge des Gemeinderates. Es ist relativ selten, dass der GGR eine komplett andere Auffassung als der Gemeinderat hat. Es muss also nicht sein, dass wir den Gemeinderat immer in die Enge treiben und ihm vorwerfen wollen, dass er in der RK nur Blödsinn beschlossen und nicht die Mehrheit unseres Dorfes vertreten habe. Ich habe nie von Misstrauen gesprochen; dies wird vielleicht so interpretiert. Aber ich habe deutlich gesagt, dass sich der Gemeinderat seine Haltung auch bestätigen lassen könnte. Vielleicht kann eine Konsultativbefragung des Parlaments zu einem Geschäft eine Mehrheit finden, welche der Gemeinderat selber nicht findet. Vielleicht ist sich der Gemeinderat zu regionalen Geschäften einmal nicht einig. Es ist ja auch nicht so, dass der Gemeindepräsident immer ein gebundenes Mandat von seinen Ratskollegen hat. Er entscheidet in der Regel als Vertreter der Gemeinde Zollikofen selber. Der kleine Gemeinderat kann ihm jedoch – wenn er es für nötig befindet – ein gebundenes Mandat geben. Dann muss der Gemeindepräsident das Geschäft so vertreten, wie vom Gemeinderat beschlossen. Die konsultative Beratung oder Befragung im Parlament könnte dem Gemeinderat helfen, seine Meinung zu bestätigen. Vielleicht muss er sie ein wenig präzisieren, falls wir etwas Schlaues dazu beitragen. Vielleicht sind wir dazu in der Lage, vielleicht auch nicht. Der Gemeinderat ist nie gebunden. Es wurde auch von uns Motionären nie gesagt, dass er sich dann gebunden fühlen muss. Aber die konsultative Abstimmung und Meinungsäusserung von uns, kann ihm eine gewisse Sicherheit geben, dass bei einer späteren Volksabstimmung zu einem Geschäft die Gemeinde Zollikofen dann auch dahintersteht. Wir reissen also keinen Konfrontationskrieg vom Zaune, wenn wir ihm die Möglichkeit geben, uns zu bestimmten Geschäften zu befragen. Wenn der Gemeinderat nun sagt, er mache dies sowieso, dann habe ich das einfach noch nie erlebt. Wir möchten dem Gemeinderat bei den auf uns neu zukommenden Geschäften mit grosser Bedeutung für die Region möglich machen, dass wir zur Meinungsbildung beitragen können und die Position unseres Gemeindepräsidenten stützen können.

Herr Edgar Westphale, GFL: Ich habe noch eine fachliche Frage. Diese hat überhaupt nichts mit Misstrauen zu tun. Es geht um den bindenden Auftrag. Wer überprüft, ob dieser bindende Auftrag so erfüllt wird?

Herr Stefan Funk, Gemeindepräsident: Das finde ich jetzt ein wenig eine komische Frage. Wenn mich meine Gemeinderatskollegen mit einem Auftrag binden, wie ich in der Regionalkonferenz abstimmen soll, dann mache ich dies auch so. Das ist eine Vertrauenssache. Und vielleicht steht dann in der Zeitung, dass der Funk anders gesprochen hat als die anderen. Die Frage ist meiner Meinung nach ein wenig überflüssig, denn soviel Vertrauen sollten wir zueinander haben. Wenn man mit einem gebundenen Auftrag hinget, dann wird auch so gestimmt. Auch wenn dies vielleicht entgegen meiner Meinung ist.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen? Ist nicht der Fall. Dann kommen wir nun zur Abstimmung.

Abstimmung:

Die Motion Hans-Jörg Rhy und Mitunterzeichnende betreffend konsultativer Einbezug des Gemeindeparlamentes in die Entscheidungsfindung des Gemeinderates für die Mitarbeit der Gemeinde in einer künftigen "Regionalkonferenz Bern-Mittelland" wird grossmehrheitlich erheblich erklärt.

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE